

Nr. 15/665

Konzeption zur Verbesserung der Situation der Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution

Mitteilung des Senats vom 24. April 2001
(Drucksache 15/692)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/666

Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/796)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau.

Nr. 15/667

Häusliche Krankenpflege

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 2. Mai 2001
(Drucksache 15/699)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Der Senat wird gebeten, über die Versorgungssituation der Patienten in der häuslichen Krankenpflege im Lande Bremen nach dem In-Kraft-Treten der Richtlinie über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege nach § 92 Absatz 1 Satz 2 Nr. 6 und Absatz 7 SGB V, insbesondere der

- Übergangsregelungen und Anpassungsmaßnahmen für chronisch Kranke,
- Prophylaxen, insbesondere zur Vermeidung der Verschlechterung von Erkrankungen,
- Infusionsversorgung, vor allem hinsichtlich der Dauerinfusion bei liegendem Venenzugang,
- fachpsychiatrische Krankenpflege,
- Versorgung von Alkohol- und Demenzpatienten,
- Blutzuckerkontrollen bei Diabetikern,
- 24-stündigen Krankenbeobachtungen als therapiebegleitende Maßnahme,
- rechtzeitigen Dekubitusbehandlung,
- unmittelbar wirkenden Verordnungen,
- Arzneimittelversorgung und der
- Kreislaufüberwachung,

bis zum 30. November 2001 zu berichten.

Nr. 15/668

Verbesserte Hilfen für Demenzkranke im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 27. April 2001
(Drucksache 15/694)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2001

(Drucksache 15/778)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/669

Gesetz über das Halten von Hunden und zur Änderung von anderen Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001
(Drucksache 15/703)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/670

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/741)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für den Fischereihafen.

Nr. 15/671

Gentechnik in der Medizin – Verantwortung für die Zukunft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/742)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/672

Chancen und Grenzen der Gentechnik in der modernen Medizin

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 29. August 2001
(Drucksache 15/804)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht es als verfrüht an, sich bereits abschließend zu den Grenzen und Möglichkeiten von gentechnischen Verfahren in der Fortpflanzungsmedizin zu äußern.
2. Die anstehende Diskussion über die ethischen Maßstäbe einer modernen Medizin muss auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen geführt werden. Die Debatte darf nicht allein dem Bundestag überlassen werden, sondern muss auch in den Ländern geführt werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass er den Diskurs öffentlich mitgestaltet und zur Meinungsbildung im Land Bremen beiträgt. Dies soll unter Einbeziehung von bremischen Experten und Expertinnen erfolgen. Die Dis-

kussionsergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sowie des Nationalen Ethikrates sind dabei einzubeziehen. Die anstehenden Entscheidungsprozesse auf Bundesebene sind entsprechend mitzugestalten.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, das Parlament bei einem eventuellen Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig einzubinden. Dies gilt insbesondere für eventuelle Änderungen im Embryonenschutzgesetz und bei der Erarbeitung eines Fortpflanzungsmedizingesetzes.
5. Bei einem Beschluss über das Fortpflanzungsmedizingesetz sollte insbesondere auch eine ausdrückliche Regelung zur Präimplantationsdiagnostik in Deutschland mit aufgenommen werden. Bis dahin sind die gesetzlichen Gegebenheiten, wie das Embryonenschutzgesetz, streng zu beachten.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine Debatte über die ethischen Grenzen des wissenschaftlich Machbaren bundesweit. Sie erwartet einen besonnenen offenen Dialog über das Für und Wider der neuen Technologien auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Sie ist sich bewusst, dass aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspositionen keine Einheitlichkeit erreicht werden kann, erhofft sich jedoch mehr Verständnis für die gegenseitigen Standpunkte.

Nr. 15/673

Bremen braucht ein Landesvergabegesetz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/740)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/674

Vergabe öffentlicher Aufträge unverzüglich regeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/802)

1. Der Senat wird gebeten, sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat nachdrücklich für die rasche Verabschiedung eines Bundesgesetzes einzusetzen, das dem Staat die Chance sichert, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge neben ökonomischen auch weitere Zielsetzungen zum Entscheidungsmaßstab zu machen.
2. Der Senat wird gebeten, sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat nachdrücklich dafür einzusetzen, dass in das geplante Bundesgesetz Regelungen nicht nur bezüglich der Tariftreue, sondern auch hinsichtlich der Themen General-/Subunternehmer, Wettbewerbsfairness und Qualitätsstandards aufgenommen werden. Zudem möge der Senat auf die Schaffung wirksamer Kontrollmöglichkeiten und Sanktionsandrohungen dringen.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) spätestens zur Parlaments-sitzung im Oktober 2001 über die Ergebnisse seiner Bemühungen und den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zu berichten.
4. Für den Fall, dass das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene bei der Vergabe öffentlicher Aufträge drängende Probleme nicht in ausreichendem Maße regelt, wird der Senat gebeten, schnellstmöglich geeignete Maßnahmen oder gesetzgeberische Initiativen zu entwickeln und der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.

Nr. 15/675

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 26. Juni 2001

(Drucksache 15/763)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/676

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31 vom 21. August 2001

(Drucksache 15/783)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/677

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft (Stand: 31. Dezember 2000) vom 22. August 2001

(Drucksache 15/786)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 15/678

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2001

(Drucksache 15/749)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Christian G l o e d e - N o w e c k

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Wolfgang Tieben zum Mitglied und

Frau Martina S o r a r u

anstelle von Herrn Christian Gloede-Noweck zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 15/679

Familienfreundliches Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 26. Juni 2001

(Drucksache 15/764)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Der Senat wird aufgefordert, bis zum Ende dieses Jahres einen aktualisierten Bericht über die Situation der Familien im Lande Bremen (Fortschreibung des 1. Bremer Familienberichtes aus dem Jahre 1990) vorzulegen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzulegen,
 - a) welchen Familienbegriff er seiner Arbeit zugrunde legt und inwieweit neue Formen des Zusammenlebens von Eltern und Kindern darin Berücksichtigung finden,

- b) welche Bedeutung er der Familie im Rahmen der Sanierungspolitik, zur Stabilisierung und Erhöhung der Einwohnerzahlen sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft beimisst und wie er diesen Beitrag der Familien quantifiziert,
- c) welche konkreten Maßnahmen der Senat derzeit ergreift, um mehr Familien für das Land Bremen zu gewinnen,
- d) welche zusätzlichen familienpolitischen Maßnahmen dem Senat aus anderen Bundesländern bekannt sind und inwieweit er diese Initiativen auch im Lande Bremen umzusetzen gedenkt,
- e) inwieweit der Senat für das Land Bremen einen Zusammenhang zwischen der Abwanderung der Betriebe in das niedersächsische Umland seit den achtziger Jahren, der damals hohen Arbeitslosigkeit und der Abwanderung von Familien sieht,
- f) welche Bedeutung der Senat einer familienorientierten Infrastruktur (Wohnumfeld, Kindertagesbetreuung, Jugendförderung, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote) beimisst und wie er die entsprechende Angebotsstruktur in Bremen und Bremerhaven im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden im Bundesgebiet bewertet,
- g) wie der Senat die Folgen der durch Wegzug bedingten sozialen Entmischung in den einzelnen Stadtteilen bewertet und wie der Senat gedenkt, dagegen vorzugehen,
- h) mit welchen Aktivitäten der Senat eine Imageaufwertung von Großwohnanlagen auch für Familien bewirken will,
- i) welche Initiativen der Senat ergriffen hat und zusätzlich ergreifen will, um Rahmenbedingungen für ein bedarfsgerechtes und familienfreundliches Wohnraumangebot und Wohnumfeld zu schaffen,
- j) welche familienpolitischen Aspekte vom Senat bei der Stadtplanung besonders berücksichtigt werden und inwieweit sich wandelnde Lebensformen in den Konzepten abgebildet werden,
- k) welches Stadtteilmarketing der Senat speziell zur Ansiedlung neuer Familien betreibt und wie er gedenkt, diese Aktivitäten auszuweiten,
- l) wie sich nach Kenntnis des Senats Lebensentwürfe und Vorstellungen junger Menschen von Arbeit und Wohnen im Land Bremen entwickelt haben,
- m) wie der Senat die Chancen eines Betreuungsangebotes im Zusammenwirken mit den Betrieben einschätzt, damit die gut ausgebildeten jungen Menschen Familie und Beruf besser verbinden können,
- n) welche Gründe für die Wohnortentscheidung von Familien dem Senat bekannt sind und welchen Stellenwert bei dieser Entscheidung das Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen hat, die die Existenz der Familien durch Arbeitseinkommen langfristig sichern,
- o) welche zukunftsorientierten Arbeitsplätze in welchen Branchen nach Auffassung des Senats für das Land Bremen generiert werden können und
- p) mit welchen Konzepten der Senat die Start-up-Unternehmen fördern und somit das Wissen in den Köpfen der jungen Generation an den Standort Bremen binden wird und welche Konzepte der Senat darüber hinaus hat, um gerade die jungen Menschen an den Standort Bremen zu binden, die die Familien von Morgen sein werden.

Nr. 15/680

Mobilfunksendeanlagen – Gesundheitsrisiken durch Elektrosmog reduzieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Juli 2001
(Drucksache 15/769)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/681

Gesundheits-, umweltschutz- und stadtplanungsverträgliches Vorgehen beim Ausbau des Mobilfunks

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/803)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass Bremen in den Kreis der UMTS-Testgebiete aufgenommen wurde.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Forderungen der UMK sowie der GMK, die Bundesregierung aufzufordern, ein Forschungsprogramm zur Abschätzung der Folgen elektromagnetischer Strahlung aufzulegen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Ansinnen, im Hinblick auf die zukünftig verstärkte Ausweitung des Mobilfunknetzes mögliche Gesundheitsrisiken durch angemessene und abgestimmte Festlegungen bei der Standortentscheidung einzudämmen bzw. zu vermeiden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der Senat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Festlegung von Antennenstandorten eingerichtet hat. Diese Arbeitsgruppe setzt sich mit der Entwicklung von inhaltlichen Angeboten für die neuen UMTS-Technologien auseinander, beschäftigt sich mit Fragen zu gesundheitlichen Wirkungen und diskutiert die Entwicklung von stadtplanerischen Kriterien bei der Standortwahl. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet zur gegebenen Zeit die Vorlage eines Berichtes über die getroffenen Vereinbarungen, insbesondere über die getroffenen Absprachen zur Berücksichtigung von Belangen der Gesundheit, des Umweltschutzes und der Stadtplanung.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass diese Arbeitsgruppe Absprachen und freiwillige Vereinbarungen mit den Mobilfunkanbietern trifft, die nicht hinter die gemeinsame Vereinbarung zurückfällt, die im Juli 2001 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag sowie Deutscher Städte- und Gemeindebund – und den sechs Mobilfunknetzbetreibern (E-Plus, Group G 3, Mannesmann Mobilfunk, Mobilcom, T-Mobil und Viag) zur gegenseitigen Unterrichtung, zur Planungsabstimmung und zur Information der Bevölkerung unterzeichnet wurde.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Verwaltung, bei der Koordinierung der Antennenstandorte die Bevölkerung über die Beiräte einzubeziehen und sie ausreichend zu informieren.

Nr. 15/682

Importierte Kriminalität stoppen!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 16. Juli 2001
(Drucksache 15/771)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/683

Wahl zweier Mitglieder und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karola J a m n i g - S t e l l m a c h

erneut und den Abgeordneten

Dr. B e r n t S c h u l t e

anstelle des Abgeordneten Hans-Georg Gerling zu Mitgliedern und den Abgeordneten

Hans-Georg Gerling

anstelle des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 15/684

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wissenschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karola Jamnig-Stellmach

erneut zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wissenschaft.

Nr. 15/685

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karola Jamnig-Stellmach

erneut zum Mitglied der staatlichen Deputation für Bildung.

Nr. 15/686

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

Mitteilung des Senats vom 17. Juli 2001

(Drucksache 15/772)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/687

Sicherheitsrisiko AKW Temelin

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 18. Juli 2001

(Drucksache 15/773)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/688

Keine Erhöhung der Haushaltsansätze im Bereich von Ordnungswidrigkeiten bei der Polizei!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 18. Juli 2001

(Drucksache 15/774)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/689

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro

Mitteilung des Senats vom 14. August 2001
(Drucksache 15/782)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/690

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/759)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/691

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 24. August 2001
(Drucksache 15/795)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/692

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Bernt S c h u l t e

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 15/693

Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas R ö w e k a m p

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 15/694

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rolf Herderhorst

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum stellvertretenden Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Nr. 15/695

Wahl eines Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Helmut Pflugradt

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 15/696

Wahl eines Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas Röwekamp

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 15/697

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas Röwekamp

anstelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Frank Lutz zum Mitglied des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen.

Nr. 15/698

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Almut Hacker

anstelle des Abgeordneten Mathias Henkel zum Mitglied der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit.

Nr. 15/699

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes (Beschleunigung des Postboten)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juli 2001
(Drucksache 15/775)
1. Lesung

2. Keine Zusammenlegung von Finanzgericht und Oberverwaltungsgericht
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juli 2001
(Drucksache 15/776)
3. Bericht über die Tätigkeit der mit Wirtschaftsförderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2000 (Beleihungsbericht 2000)
Mitteilung des Senats vom 24. Juli 2001
(Drucksache 15/777)
4. Europäische Agentur für Schiffssicherheit
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/797)